

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 96 A

BERLIN • Sonntag, den 24. April 1932

1. JAHRGANG

Nationalsozialistische Ehrenmänner.

Wie kommunistische Ueberfälle entstehen.

Die Frankfurter nationalsozialistische Zeitung hatte am Montag voller Entrüstung über einen kommunistischen Ueberfall auf den Nationalsozialisten SUNDMACHER berichtet, dem die Täter „einen tiefen Stich in die Wange und offenbar mit den Stiefeln schwere Prellungen am Kopf beigebracht hätten“.

Nun hat der angeblich Ueberfallene im Krankenhaus zugegeben, daß der Ueberfall von ihm einfach erfunden worden sei. Er habe sich die Verletzungen selber beigebracht, um auf diese Weise in die Liste der Märtyrer der Partei aufgenommen zu werden.

Daß es unter Umständen noch nicht einmal so idealistisch-romantische Beweggründe sind, die NS-Leute gegen sich selber zu den Waffen greifen lassen, zeigt ein anderer Fall, über den seinerzeit berichtet wurde:

„Am 23. Mai 1931 berichtete der „Angriff“ (Nr. 110) unter der Aufschrift „SA-Mann die Kehle durchgeschnitten. ~~Nachrichtliche Mordüberfälle~~“, daß ein SA-Mann F. in einem Walde bei ~~Buch~~ von zwei Kommunisten ~~hinterücks~~ ~~folgt~~ überfallen und mit Dolchen furchtbar zugerichtet“ worden

sei. Die Verbrecher „schnitten ihm die halbe Kehle durch.“

Dieser „heimtückisch überfallene“ SA-Mann Fedde mit der „durchgeschnittenen Kehle“ wurde am 23. Dezember 1931 vom Schöffengericht Berlin-Wedding wegen wissentlich falscher Anschuldigung in Tateinheit mit Freiheitsberaubung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Er hatte sich die erheblichen Verletzungen selbst beigebracht, um sich bei seinen Parteifreunden wichtig zu tun, aber auch aus dem recht materiellen Bedürfnis, die tägliche Krankenzulage von 3 Mark zu erlangen, die jeder SA-Mann für den Fall „politischer Verletzungen“ erhält. Außerdem hatte er zunächst wahllos einen kommunistischen Arbeiter der Tat beschuldigt, der zwar sofort seine Unschuld nachweisen konnte, aber trotzdem in seinem Ansehen schwer geschädigt wurde. Der Staatsanwalt gab diesem natürlich groß aufgemachten Schwindelmanöver die richtige Kennzeichnung, als er feststellte, daß es verbrecherisch sei, „dem hochgeschichtlichen Zündstoff des politischen Parteikampfes zu nahe zu kommen mit dem Zündholz solcher irdichteten Tatarennachrichten von abgeschnittenen Hälsen.“

Konflikt im Berliner Fuhrgewerbe.

Widerstand der Arbeiter.

Der Widerstand der Arbeiter des Berliner Schwer- und Leichtfuhrgewerbes gegen das rigorose Lohnabbaudiktat der Fuhrherrschaft ist nicht ohne Wirkung geblieben. Den am Sonntag von den Funktionären der Branche gefaßten Beschluß, jeden Versuch der Durchführung des Diktats mit der Arbeitseinstellung zu begegnen, hatten zwei Fuhrunternehmer offenbar nicht ernst genommen. Die Arbeitseinstellung war die sofortige Antwort. Nach kurzer Streikdauer verpflichteten sich die bestreikten Fuhrunternehmer, die bisherige Löhne bis zur Neufestsetzung der Verdienste für die Gesamtbranche weiterzuzahlen. Die übrigen Fuhrunternehmer nahmen eine abwartende Stellung ein oder verpflichteten sich ebenfalls, soweit sie die Durchführung des Diktats angekündigt hatten, zur vorläufigen Weiterzahlung der alten Löhne.

Inzwischen hat der Schlichtungsausschuß mit den Fuhrunternehmern und dem Gesamtverband Führung genommen, um ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten und den Kon-

flikt beizulegen. Da ein Termin für diese neuen Verhandlungen noch aussteht, wollen einige Fuhrunternehmer ihren Arbeitern solange die von der Innung diktierten Löhne zahlen, bis entweder durch Schiedspruch oder Vereinbarung für die ganze Branche die Löhne neu geregelt worden sind.

Dieses Manöver soll auf Beschluß der gestrigen Vollversammlung der Arbeiter des Schwer- und Leichtfuhrgewerbes durchkreuzt werden. Von diesen Unternehmern soll heute durch die Betriebsvertrauensleute die Erklärung verlangt werden, daß sie bis zum Abschluß eines neuen Gesamtvertrages die alten Löhne weiterzahlen. Geben die Unternehmer diese Zusicherung nicht ab, soll ab Sonnabend die Weiterzahlung der alten Löhne durch Arbeitseinstellung erzwungen werden.

Die Kollegen werden gebeten, von jeder Arbeitseinstellung dem Gesamtverband sofort Mitteilung zu machen.

Wir begrüßen dieses Zeichen von erwachender Widerstandskraft der Gewerkschaften.

„Alles kommt in den Lustgarten“.

F. Fr. Berlin, 23. April.

Unter dieser prahlerischen Ueberschrift war die Kundgebung der SPD und der „Eisernen Front“ zur Preußenwahl angezeigt worden. Doch es kamen nicht einmal alle die, die sonst zu den SP-Kundgebungen kommen. Die Züge, die aus den südlichen Teilen Berlins zum Lustgarten zogen, kamen stumm, ohne Anteilnahme daher. Kein einziger wirkungsvoller Sprecher war zu hören, kein einziger Eindruck erweckender Gesang auch nicht bei den SAJ-Gruppen.

Anscheinend merkten die Reichsbannerleute ihre Schwäche bei dieser Kundgebung, oder was veranlaßte sie sonst, statt einer klaren Antwort auf einige linke Zwischenrufer die Fäuste und Fahnenstangen zum Prügeln in Aktion zu setzen? Hat man außerdem vor den „Funken“-Verkäufern so viel Angst, daß man sie selbst von den Zufahrtsstraßen zum Lustgarten zu vertreiben sucht?

Sofort nach Schluß lief alles wieder planlos auseinander und der Lustgarten zeigte dann auch wieder sein gewohntes Bild, nur die Wurst-, Zigaretten- und Backwarenverkäufer zeigten noch, daß hier was los gewesen war.

Die Hauptredner waren BRAUN und BREITSCHIED. BRAUN war bescheiden. Er forderte im wesentlichen auf, das in Preußen Erreichte zu erhalten und zu verteidigen. BREITSCHIED ging etwas weiter. Er nannte den Kampf für BRAUN

und SEVERING den Kampf für den Sozialismus. Von Arbeit, mit der auch nur das kleinste Stück auf dem Wege zum Sozialismus unter BRAUN und SEVERING geleistet worden ist, hörte man nichts. Der Schreck des Dreiklassenwahlrechts, billige Witze über HITLER und seine Mannen, ein paar oberflächliche Bemerkungen über die KP genügen nicht, Sozialisten für die SP zu erwärmen. Dazu wären Taten nötig, und auf die kann die SP nicht hinweisen.

„Finanzminister KLEPPER hat einen Zwischenruf, der die Senkung überhöhter Gehälter forderte, bejahend beantwortet, hat aber die Frage einer Sonderbesteuerung der hohen Gehälter oder der Vermögen überhaupt nicht erwähnt.“ (Aus einer Erklärung KLEPPERS an den Amtlichen Preussischen Pressedienst.)

Achtung, Wähler!

Am kommenden Sonntag ist bereits nachmittags um 17 (5) Uhr Wahlschluß, nicht, wie bei den Präsidentenwahlen, um 18 Uhr. Jeder, der den Druck von links auf Regierung, Parlament und SPD verstärken will,

wähle rechtzeitig Liste 4.

AUS DEM INHALT:

Nationalist oder Kommunist?
Kirchenschätze und Goldwährung.
Die Armut der indischen Bauern.
Oel und Land.
Die Berliner Stadtrandsiedlung.
Die Sorge des Zentrums.
Der Alte Fritz gegen den Lohnabbau.
Tierschindereien.

Zweierlei „Demokratie“. Demokratie oder Sozialismus?

Von Gustav Heckmann.

HITLERS heutiger Wahlkampf gegen das „System“ ist nicht mehr begleitet von dem öffentlichen Auftreten seiner SA. Das radikale Element der nationalsozialistischen Bewegung, die Masse, die nichts zu verlieren hat, bestimmt das Äußere der Partei nicht mehr so stark wie bisher. Ein Hindernis für die Harmonie zwischen NS und den übrigen Gruppen der deutschen Reaktion ist damit beseitigt.

Was bedeutet das für die faschistische Gefahr? Es wäre leichtsinnig, mit der Möglichkeit eines gewaltsamen Angriffs nicht mehr zu rechnen, aber diese Möglichkeit ist durch das SA-Verbot zweifellos geringer geworden. Um so mehr hat die Gefahr eines demokratisch-legalen Sieges des Faschismus an Bedeutung gewonnen. Die große Not hat das Volk halb verrückt gemacht (nicht „revolutioniert“), und HITLER ist drauf und dran, das Fehlende hinzuzutun: er spielt jetzt mit dem Gedanken der Gewinnung von 51 Prozent der Wähler. Zwar besteht bei den heutigen Wahlen keine Aussicht, daß er allein die Mehrheit der Wähler für seine Partei gewinnt. Aber es ist durchaus möglich, daß die Gruppe der reaktionären Parteien rechts vom Zentrum (NS, Deutschnationale, DVP, Wirtschaftspartei, Volkskonservative, Landvolk, Christlich-Soziale) 51 Prozent der Wähler erhält. Und die Aussicht, daß sich diese Parteien für eine Regierungsbildung zu einem Block zusammenschließen, in dem HITLER den Ton angibt, ist mit HITLERS Regierungsfähigkeit gewachsen. Hinzukommt, daß das Zentrum erstens trotz der Ablehnung, die es gegenwärtig den NS zuteil werden läßt, keineswegs „nach rechts endgültig den Scheidebrief ausgestellt“ hat — wie Prälat KAAS neulich in Trier sagte — und zweitens dem einzig unveränderlichen, nämlich dem weltanschaulichen Teil seines Programms nach, nicht auf die Demokratie festgelegt ist.

Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Demokratie rückt also die Gefahr eines demokratisch-legalen geführten, die Demokratie tödlich bedrohenden Angriffs in greifbare Nähe.

Für einen konsequenten Demokraten, genauer: einen konsequenten Verfechter des Prinzips der Mehrheitsentscheidung ist in dieser Situation nur ein Standpunkt möglich: die Stimme der Volksmehrheit auch dann vorbehaltlos als oberstes Gesetz anzuerkennen, wenn sie zu Gunsten HITLERS und der Gegner der Demokratie spricht. Diese Konsequenz bringen merkwürdigerweise nur sehr wenige Demokraten auf.

Was hält sie davon ab? Sie wollen im Grunde mehr im politischen Leben, als daß alles mit der Zustimmung von 51 Prozent der Betroffenen geschieht; sie haben noch andere Ideale: Freiheit der Meinungsäußerung, Öffentlichkeit der Verwaltung und Rechtspflege, gleiche Möglichkeiten für alle. Um dieser — wie sie sagen: demokratischen — Ideale der Freiheit und Gleichheit willen sind die meisten Demokraten nicht bereit, den Grundsatz der Mehrheitsentscheidung bis zu seiner Konsequenz anzuerkennen, bis zu der Möglichkeit, daß die Mehrheit des Volkes die Totengräber jener Ideale zu deren Sachwaltern bestellt.

Hier liegt ein Konflikt vor, in dem es kein Ausweichen gibt: Entweder man erkennt den Willen der Mehrheit als oberstes Gesetz an; dann muß man sich diesem

Willen auch dann beugen, wenn die Mehrheit, durch HITLER verrückt gemacht, diesem einräumt, die Reste von Freiheit und Gleichheit zu beseitigen. Oder man erkennt die Ideale der Freiheit und Gleichheit als oberstes Gesetz an; dann muß man sie auch gegen Angriffe verteidigen, die von einer noch so großen Volksmehrheit unterstützt werden.

Die Unausweichlichkeit dieser Entweder-Oder wird verdunkelt durch den zweideutigen Gebrauch des Wortes „Demokratie“, mit dem man einerseits die Herbeiführung von Entscheidungen durch Mehrheitsabstimmung bezeichnet, andererseits einen Gesellschaftszustand, in dem Freiheit und Gleichheit herrschen. Durch diese Zweideutigkeit des Wortes täuscht man sich über die Unvereinbarkeit der beiden Ziele, die mit ihm bezeichnet werden.

Die heutige politische Situation droht, den Demokraten die Pistole auf die Brust zu setzen, sie zu der Entscheidung zu nötigen, ob sie Demokraten der ersten Art oder der zweiten Art sein wollen, Anhänger der formalen Demokratie oder aber — wie Demokraten wohl sagen — der wahren, sozialen Demokratie, sagen wir weniger mißverständlich: des Sozialismus.

Interessant für das Verhalten von Demokraten vor einer solchen Entscheidung ist die Aenderung, die neulich der Preußische Landtag an seiner Geschäftsordnung vorgenommen hat. In Zukunft kann der Ministerpräsident nur noch von einer absoluten Mehrheit des Landtages gewählt werden, während bisher unter Umständen eine relative Mehrheit ausreichte. Der Zweck dieser Aenderung war offensichtlich, einem reaktionären Rechtsblock, der voraussichtlich im neuen Landtag über mehr Mandate verfügen wird als die jetzigen Regierungsparteien, eine Regierungsbildung unmöglich zu machen, damit dann die gegenwärtige „demokratische“ Regierung als geschäftsführende im Amt bleiben kann. Man hat also die Spielregeln der formalen Demokratie etwas geändert, um so dem Faschismus das demokratisch-legale Vordringen zu erschweren. Das war im vorliegenden Falle dem Gedanken nach richtig. Aber damit ist das Hauptproblem nicht gelöst; denn was soll nach Einführung dieser neuen Spielregel geschehen, wenn NS und Konsorten die nun erforderliche Mehrheit aufbringen?

Mit jeder bloßen Aenderung der demokratischen Spielregeln ist die Entscheidung, ob man die formale Demokratie oder die Ideale des Sozialismus als Ziel verfolgen will, nur verschoben; und die Unausweichlichkeit dieses Entweder-Oder tritt am Ende nur um so deutlicher hervor.

Es gibt also neben der obengenannten Entscheidung des konsequenten Demokraten konsequenterweise nur die des konsequenten Sozialisten. Sie lautet heute: auf jeden Fall müssen wir uns einen Regenten HIRSH vom Hals halten, mag er auch noch so einwandfrei nach den Regeln der formalen Demokratie ans Ruder gekommen sein.

Heute, am 24. April, können wir für die Lösung dieser Aufgabe nur wenig tun. Die Hauptarbeit muß außerhalb des Gebietes der formalen Demokratie, im außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterschaft geleistet werden. Wir haben oft auseinandergesetzt, weshalb wir das Kernstück dieses Kampfes in der Schaffung einer kämpfenden einheitlichen Gewerkschaftsfront der Arbeiter innerhalb und außerhalb der Parteien sehen. Wenn wir

heute auffordern, der Kommunistischen Partei die Stimme zu geben, so tun wir das im wesentlichen deswegen, weil sie den Geist des Kampfes in der Arbeiterschaft wach hält, während die SPD, im Banne der formalen Demokratie,

den Glauben an den Kampf und diesen selber längst begraben hat.

Den an sich richtigen Einwand, daß die KPD an der überparteilichen Gewerkschaftsfront arbeitet, beantworten wir mit der Feststellung, daß heute keine parlamentarische Partei dies unterläßt, daß insbesondere die SPD das Gleiche tut. Wir werden in den nächsten

Tagen Material zum Beweis dieser Behauptung veröffentlicht, um den an der gewerkschaftlichen Einheit interessierten Kollegen mit aller Deutlichkeit die Gefahr zu zeigen, die hier droht. Das Material ist eine so eindrückende Anklage gegen die SPD, daß man sie unkaum geglaubt haben würde, wenn wir sie vor der Wahl veröffentlicht hätten.

De Valera stößt weiter vor. Was treibt ihn?

in Dublin, 22. April.

Der Text des Gesetzes zur Abschaffung des Treuicides ist am Freitag veröffentlicht worden. Das Gesetz enthält verschiedene weitere Abänderungen der irischen Verfassung. Eine der wichtigsten Klauseln erteilt dem Irischen Landtag Vollmacht, die Verfassung auf Grund eines Volksbegehrens abzuändern, und zwar ohne, wie es bisher vorgeschrieben war, auf den englisch-irischen Vertrag Rücksicht zu nehmen. Ein Zusatzantrag der COSGRAVE-Opposition verlangt vor Annahme des Gesetzes Verhandlungen mit der englischen Regierung über die Treuicide-Frage und den Abschluß eines entsprechenden Abkommens. Das DE VALERA-Gesetz bedrohe die Rechte und Freiheiten, die das irische Volk durch den englisch-irischen Vertrag erhalten habe.

Was veranlaßt DE VALERA zu diesen stets erneuten Vorstößen gegen die englischen Ansprüche? Er kennt die Vorteile, die Irland vom Handel mit England hat, viel zu gut, um die Beziehungen zu England ohne weiteres aufs Spiel zu setzen. Seine Bemühungen um die Teilnahme Irlands an der Weltreichskonferenz zeigen das ebenso wie seine Wirtschaftsmaßnahmen: Vor knapp einer Woche meldete der „Manchester Guardian“ von der Einrichtung einer irischen Ausfuhrprämie auf Butter, die durch eine inländische Steuer bezahlt werden und offenbar dazu dienen soll, die irische Butterausfuhr nach England zu erhöhen. Dazu aber sind gute Beziehungen zu England erforderlich. Das englische Blatt erklärt mit leiser

Hohn: „Irische Butter schmeckt gut, und wir werden froh sein, sie billig zu erhalten... Aber, was wird siegen, die Unabhängigkeit oder die Butter?... Die irischen Bauern sind ein schlaues Volk, man kann daher annehmen, daß auf die Dauer die Butter siegen wird. Und dann werden wir zwei gute Gründe haben, sie zu lieben.“

In englischen Zeitungen wird vielfach die Meinung vertreten, daß der Kampf gegen die irischen Verpflichtungen England gegenüber im Grunde nicht von DE VALERA ausgeht, sondern von der Irischen Republikanischen Armee (I. R. A.), deren Führer DE VALERA in den Freiheitskämpfen nach dem Weltkrieg selber gewesen ist, deren späterer Führer von COSGRAVE gefangen gesetzt und von DE VALERA bei seiner Regierungsübernahme befreit wurden. Jetzt sind sie mißtrauisch ihm gegenüber. Einer von ihnen hat gesagt: „Der britische Imperialismus wird sich bemühen, DE VALERAS Regierung Schritt für Schritt in Konflikte zu treiben mit jeder Bewegung, deren Ziel es ist, den Vertrag zu vernichten und mit ihm das ganze soziale und ökonomische System, das der englische Imperialismus in unserem Land entwickelt hat.“ Die Führer der I. R. A. sind mit der Abschaffung des Treuicides noch nicht zufrieden; sie fordern die Vereinigung Irlands mit den abgetrennten Nordprovinzen in einer von England unabhängigen Republik. Sie hoffen, wie der „Manchester Guardian“ vermutet, darauf, DE VALERA vom Weg der Verfassungsstreue abzurängen und „aus ihm eine imponierende Galionsfigur zu machen, während sie selber das Schiff steuern“.

Einstimmigkeit um jeden Preis Neue Methoden der Vertagung in Genf.

in Genf, 22. April.

Die Beratungen im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz über den dritten Punkt der Tagesordnung, die gestern noch an anscheinend unüberwindbaren Gegensätzen zu scheitern drohten, sind heute morgen überraschend schnell abgeschlossen worden, und zwar abgeschlossen durch einen einstimmigen Beschluß hinsichtlich des strittigen Punktes! Der englische Außenminister SIMON ist auf den erlösenden Gedanken gekommen: „Da man sich nicht darüber einigen konnte, ob die Großkampfwaffen vernichtet oder internationalisiert werden sollten, hat man sich entschlossen, sie entweder zu vernichten oder zu internationalisieren. Das Ei des Kolumbus, wenn es nur darauf ankommt, gemeinsam die Finger zu heben; inhaltlich besagt die Einigungsformel so viel, wie die bekannte Bauernregel: „Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich's Wetter, oder es bleibt wie es ist.“

In der Aussprache hat einzig und allein Litwinow offen über den Kompromißvorschlag gesprochen, der nichts weiter ist als ein getarnter Vertagungsbeschluß, und der nur die Gefahr in sich birgt, daß er später von den einzelnen jetzt zustimmenden Mächten im Sinne ihrer Interessen interpretiert wird.

Frankreichs Interessen kommt der Beschluß insofern entgegen, als die Franzosen eine Vertagung der ganzen Verhandlungen bis nach den Kammerwahlen sehr wünschen. Wie es heißt, wird die französische Abordnung am Sonnabend morgen offiziell einen Vertagungsantrag einbringen.

TARDIEU und BRÜNING haben einander in Genf mehrfach getroffen und ausführlich mit einander gesprochen. Von Ergebnissen dieser Aussprachen ist noch nichts bekannt geworden.

Kirchenschätze und Goldwährung.

Der Metropolit von Athen, der mit den zuständigen Behörden wegen Aufrechterhaltung der Goldbasis für die Drachme durch eine allgriechische Stützungsaktion verhandelt, hat nunmehr erklärt, daß die 1300 orthodoxen Kirchen Griechenlands zur Hergabe ihrer Gold- und Silberschätze bereit seien. Durchschnittlich dürfte jede Kirche für mindestens 10 000 Drachmen (etwa 400 M) goldene Kirchengüter, Opfergaben u. s. w. besitzen. Die größeren griechischen Vereinigungen sind zu einer Besprechung eingeladen, um über die Sammlung von Gold und wertvollen Schmuckstücken zu beraten, die bei der Bank von Griechenland hinterlegt werden sollen.

Während fast alle griechischen Stellen diese allgriechische Stützungsaktion für die Drachme begrüßen und über die Verwirklichung dieses Gedankens mit Finanzfachleuten verhandeln, bezeichnet der Wirtschaftsminister den Plan als unsinnig.



PORGY.

Ein Neger-Roman
von du Bose Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knaur,
Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(3. Fortsetzung.)

Peter, klug wie immer, hatte im voraus schon mit Porgy das Nötige für diesen Augenblick besprochen, da er sich nicht von ihm überraschen lassen wollte. Als er ihm nämlich vom Wagen geholfen, hatte er ihn in möglichster Nähe des Zaunes untergebracht, so daß er schnell wieder auf die Straße hinausgeschafft werden konnte.

„Wer als Letzter den Friedhof verläßt, ist der nächste, der begraben wird!“ — an diesen alten Spruch hatte er dabei seinen Freund erinnert.

Jetzt, während noch die letzte Schaufel Erde in die Grube geworfen wurde, kam er schnell auf Porgy zugehauert und trug ihn auf die Straße hinaus. Hinter ihnen erhob sich plötzlich ein dröhnendes Stampfen, das den Boden erzittern ließ wie unter den Hufen einer Viehherde. Die Leidtragenden tosten an ihnen vorüber, sich stoßend, drängend, vorwärtsstürmend. Einige haiften ihren schwächeren Freunden, andere kämpften rücksichtslos — nur, um rasch jenseits der Einfriedigung zu gelangen. Mitten unter der Menge jagte mit wehendem Gewande der Prediger davon. In unglaublich kurzer Zeit war der Friedhof geleert.

Jetzt erst erhob sich hinter einem Busch in der Nähe des Grabes, der sie den Blicken verdeckt hatte, die alte Negerin, die als erste ihrem Schmerz jammernd Ausdruck verliehen. Von Erregung überwältigt, hatte sie selbstvergessen dort gekniet. Langsam wankte sie auf die Straße hinaus.

„Das tut nichts, Schwester!“ sagte der Prediger tröstend zu ihr. „Gott liebt die Gerechten!“

Beglückt, aber verwirrt von der Aufmerksamkeit, deren Mittelpunkt sie war und deren Grund sie noch immer nicht begriff, lächelte die alte Frau still vor sich hin, als man ihr in den Wagen hinauf half.

Schon während des Begräbnisses war die Sonne hinter Wolken verschwunden, die schnell vom Meer her aufgezogen waren, — jetzt fielen dicke Tropfen auf die Fahrzeuge und das verlassene Grab.

„Das gilt dem armen Robbins!“ meinte Porgy nachdenklich. „Gott schickt den Regen, der seine Fußspuren von der Erde abwaschen soll.“

„So ist es, Bruder!“ pflichtete eine Frauenstimme ihm bei, und eine andere setzte hinzu: „Amen, mein Jesus!“

Am Frühlachmittag nach der Begräbnisfeier saß Porgy mit Peter zusammen vor seiner Tür im Gespräch. Der alte Mann hörte ihm, den grauen Kopf geneigt, eine Weile schweigend zu. Auf seinem zerfurchten Gesicht lag der Ausdruck verhaltener Zärtlichkeit.

„Ja, ja, — Robbins war ein guter Mensch!“ sagte er endlich nachdenklich. „Crown aber, der Nigger, ist ein Mörder und wird niemals mehr Ruhe finden!... Draußen liegt nun der Robbins, hier jammern sein Weib und die vaterlosen Kinder, — Crown aber ist fort und wird anderswo das gleiche Unheil anrichten!“

„Ja, — er ist verschwunden!... Ich schätze, er wird sich auf der Kittiwär-Insel im Palmendickicht versteckt halten... Der Strick, mit dem sie ihn fangen und hängen werden, ist jedenfalls noch nicht gedreht!“

Porgy brach plötzlich ab und wies mit einer Kopfbewegung nach einem Mann, der oben den Hof betreten hatte. Es war ein Weißer, kräftig von Gestalt, mit einem breitrandigen Hut und einem Knebelbart. Einen schweren Stock schwingend, überquerte er geraden Weges den Hof und blieb vor den beiden stehen. Einen Moment blickte er mit finstern gerunzelten Augenbrauen auf sie nieder, dann schlug er seinen Rock zurück, wodurch sein Detektivabzeichen und ein großer Revolver, den er in einem Halfter am Gürtel trug, sichtbar wurden.

„Du hast Robbins umgebracht!“ fuhr er plötzlich unvermittelt Peter an. „Dafür wirst du jetzt aufgehängt. Vorwärts, marsch!“

Er ließ dabei energisch seine feste Hand auf die Schulter des alten Mannes fallen.

Peter fuhr erschrocken zusammen, seine Augen krochen in den Kopf zurück. Mehrere Male setzte er vergeblich zum Sprechen an, — dann sagte er schließlich:

„Bei Gottes Allmacht, — Herr, das hab' ich nicht getan!“ Blitzschnell flog der Revolver aus dem Halfter, die Mündung auf seine Stirn gerichtet.

„Wer hat es denn getan?“ schnauzte der Mann. „Crown, Herr, — ich selbst hab' es gesehen!“ schrie Peter voll Todesangst.

Der Mann lachte kurz auf. „Ich dacht' es mir schon!“ sagte er und wandte sich dann an Porgy:

„Du hast es auch gesehen, — was?“

In Porgys Gesicht malte sich zitternde Furcht, seine Hände hatten sich im Schoß verkrampft, aber seine Augen blieben fest aufs Pflaster gerichtet. Tief Atem holend wartete er ab.

Das weiße Gesicht über ihm verzog sich zu einer ärgerlichen Grimasse.

„Vorwärts, — heraus mit der Sprache! Sonst muß ich nach dem Gesetz mit dir verfahren!“

Porgys einzige Antwort war das leichte Beben seiner Hände im Schoß. Das Gesicht des Detektivs verfärbte sich dunkelrot, unter seiner Hutkrempe zeigten sich Schweißtropfen. Plötzlich brach seine Wut los.

„Sieh mich an, verdammter Nigger!“ tobte er.

Langsam schloß sich Muskel für Muskel der vor ihm sitzenden Gestalt zu entspannen. Zuletzt löste sich auch der Krampf aus den Händen, die jetzt gekrümmt, unbeweglich im Schoße ruhten. Schließlich hob Porgy die Augen, die hart und undurchdringlich geworden waren. Ohne mit der Wimper zu zucken, begegnete er dem wütenden Blick, der ihn von oben herab traf. Dann sagte er langsam und in größter Ruhe:

„Ich weiß nichts von der Sache! Als sie geschah, lag ich schlafend im Bett, und meine Tür war verschlossen!“

(Fortsetzung folgt.)

Nationalist oder Kommunist? Zum Scheringer-Prozeß.

Von Nora Block.

Leutnant a. D. SCHERINGER, seit März 1932 Mitglied der KPD, ist vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts zu zwei Jahren sechs Monaten Festung verurteilt worden. SCHERINGER wurde für schuldig erklärt, fortgesetzt handelnd Vorbereitung zum Hochverrat getrieben und einer staatsfeindlichen Verbindung, nämlich dem Funktionärkörper der KPD, angehört zu haben.

Das Urteil im Fall SCHERINGER zeigt eine Verschärfung der bisherigen Rechtsprechung des Reichsgerichts in der Frage des sogenannten literarischen Hochverrats. Denn man hat in das Anklagematerial Privatbriefe SCHERINGERS aufgenommen, Privatbriefe sind aber bis dahin niemals Gegenstand einer Anklage wegen Hochverrats gewesen. Eine weitere Verschärfung der bisherigen Rechtsprechung liegt in der Erweiterung des Begriffes des literarischen Hochverrats durch die Einführung des sogenannten bedingten Vorsatzes. Die Verteidigung wies darauf hin, daß SCHERINGER lediglich den Vorsatz gehabt habe, den Erörterungen über ihn ein Ende zu machen. Aber es seien keine Beweise da für einen bedingten Vorsatz, den Hochverrat vorzubereiten und eine staatsfeindliche Verbindung zu unterstützen.

Wir haben im „Funken“ Nr. 27, von 2. Februar 1932, bereits darüber berichtet, wie das Reichsgericht Hochverratsanklagen konstruiert, indem z. B. Serien von Aufsätzen kommunistischer Redakteure, Aufsätze, die ohne jeden Zusammenhang geschrieben und veröffentlicht wurden, und von denen jeder einzelne, für sich betrachtet, keine strafbare Handlung darstellt, vom Reichsgericht in einen Zusammenhang gebracht werden und ihnen eine hochverräterische Absicht unterstellt wird.

In der willkürlichen Schaffung eines solchen „Zusammenhangs“ lag, wie der Verteidiger SCHERINGERS ausführte, der juristische Kern des Prozesses. Die Verteidigung vertrat den Standpunkt, daß alle Kundgebungen und Erklärungen SCHERINGERS, die das Anklagematerial bildeten, aus besonderem Anlaß erfolgt und vollkommen regellos und unsystematisch veröffentlicht worden seien. Das Reichsgericht ist dieser Auffassung nicht gefolgt, sondern führte in seiner Urteilsbegründung aus, daß alle Kundgebungen SCHERINGERS darauf hinausgegangen seien, die Revolution zu fordern. Damit aber habe er objektiv und subjektiv die Vorbereitung des Hochverrats betrieben.

Worin liegt die politische Bedeutung des SCHERINGER-Prozesses?

Obgleich es sich bei SCHERINGER nicht um einen Arbeiter, sondern um einen Bürgerlichen handelte, genügte die Tatsache, daß sich SCHERINGER in der KPD organisiert hat, ihm die übliche Behandlung von Kommunisten zuteil werden zu lassen. Nach der Ton, den man dem Leutnant a. D. gegenüber anschlug, vielleicht höflicher war, als dies sonst gegenüber Kommunisten der Fall ist.

Der Klassencharakter der Reichsgerichts-Justiz kommt in ihren Urteilen zum Ausdruck, wonach in der bloßen Zugehörigkeit zum Funktionärkörper der KPD praktisch bereits ein strafwürdiger Tatbestand erblickt wird. LIEPMANN, der bedeutende bürgerliche Strafrechtslehrer, der vor einigen Jahren gestorben ist, sagt in seinem Buch: „Kommunisten-Prozesse“ vom Reichsgericht und dessen Rechtsprechung:

„... aber wird „im Namen des Rechts“, in Wirklichkeit aber gegen Recht und Gesetz in Menschenschicksale eingegriffen und darüber hinaus eine fortgesetzte demoralisierende ... Unterhöhnung des Glaubens an die „Justitia“ (Gerechtigkeit) vorgenommen ...“

Ist in SCHERINGER ein Kommunist verurteilt worden? Die Beantwortung dieser Frage sollte für die Führung der KPD mindestens so wichtig sein, wie die Entlarvung des Reichsgerichts als eines Klassengerichts. Denn: gefährlicher als die leicht erkennbaren Klassenrichter sind Klassengegner in den eigenen Reihen.

Wer ist SCHERINGER?

Zunächst ein Bürgerlicher, der aus einer Soldatenfamilie stammt. Nach den im Leipziger Prozeß über seine Person gemachten Mitteilungen, mußte SCHERINGER als Unterprimaner aus Koblenz fliehen, wo er sich an einer separatistischen Geheimdruckerei beteiligt hatte und von den Franzosen in Abwesenheit zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war. SCHERINGER trat in die Schwarze Reichswehr ein. Er nahm teil am Küstriner Putsch. Er wurde Mitglied der Reichswehr und hat im Ulmer Reichswehr-Prozeß, in welchem HITLER seine bekannte Legalitäts-Erklärung abgab, eine Rolle gespielt. SCHERINGER ist an führender Stelle in der faschistischen Bewegung tätig gewesen. Wegen nationalsozialistischer Propaganda in der Reichswehr wurde SCHERINGER 1930 zu Festungshaft verurteilt. Während dieses Festungsaufenthaltes vollzieht sich bei SCHERINGER der Umschwung: er wird Kommunist. Und wegen seiner Tätigkeit, die er im Interesse seiner revolutionären Ideen während des Festungsaufenthaltes in Gollnow entfaltet, wurde er erneut unter Anklage wegen Vorbereitung hochverräterischer Handlungen gestellt. Es war diesmal nicht die NSDAP, sondern die KPD, deren hochverräterische Tendenzen SCHERINGER unterstützt haben soll.

Nicht die Tatsache, daß SCHERINGER aus einer bürgerlichen Familie stammt, braucht ihn verdächtig zu machen. Nicht einmal unbedingt die Tatsache, daß er in verhältnismäßig kurzer Zeit von den Faschisten zu den Kommunisten hinübergewechselt hat, wenn auch diese Tatsache zunächst den Eindruck einer gefährlichen Ziel- und Richtungslosigkeit erweckt. Zunächst; bei näherem Zusehen zeigt sich jedoch, daß SCHERINGERS „Stellungswechsel“ auf planmäßiger Ueberlegung beruht, die sich an einem bestimmten Ziel orientiert.

Das wird klar aus SCHERINGERS Begründung für seinen Uebertritt von HITLER zu THÄLMANN. In Leipzig sind diese Gründe eingehend erörtert worden.

Ehe SCHERINGER zur KPD übertrat, hat er Aussprachen mit GOEBBELS und HITLER gehabt. Er hat GOEBBELS nach München begleitet und hat ihm Fragen vorgelegt, an deren Beantwortung ihm, der gehofft hatte, daß die NS die deutsche Revolution vorbereiten würden, besonders lag.

GOEBBELS sei seinen Fragen indessen immer ausgewichen. Auf die Frage nach der „Brechung der Zinsknechtschaft“ läßt GOEBBELS gesagt, das sei „FEDERScher Unsinn“.

An HITLER hat SCHERINGER die Frage gerichtet, wie er zur Macht gelangen wolle? Darauf habe HITLER gesagt: auf dem legalen Wege, — eine Antwort, die SCHERINGER nicht befriedigte. Auch STENNES habe ihm in Berlin keine befriedigende Antwort gegeben. „Darauf habe er sich an die Kommunisten gewandt und mit dem Abgeordneten KIPPENBERGER eine ausführliche Besprechung gehabt, die seine Zweifel am Kommunismus vollends zerstreut“ hätte. In völliger Uebereinstimmung mit seiner politischen Vergangenheit gibt SCHERINGER als Beweggrund seines Handelns den Wunsch an, Deutschlands Befreiung herbeizuführen und den Kampf gegen den Westen, gegen Versailles, zu unterstützen. Hierzu will er die Bundesgenossenschaft Rußlands, wie er offen erklärt,

Auf eine Frage des Vorsitzenden: „Sie glauben also, daß nur Arm in Arm mit Rußland die nationale Befreiung Deutschlands erfolgen könne?“, antwortete SCHERINGER: „Nur! Und wenn ich das sage, so spreche ich im Namen der ehrlichen Nationalisten ...“

Alle Erklärungen SCHERINGERS, die die Beweggründe seines Handelns betreffen, zeigen: sein Ziel ist die nationale Befreiung Deutschlands.

Für den Uebertritt SCHERINGERS von der NSDAP zur KPD ist kein Umschwung der Gesinnung entscheidend gewesen. Dies geht aus den eigenen Äußerungen SCHERINGERS während des Prozesses vor dem Reichsgericht hervor. Es findet seine Bestätigung durch die Verteidigung OBUCHS, der ausführte:

„... damals, als der Angeklagte noch nicht zur kommunistischen Partei gezählt habe, sei man den Konflikten, die sich für ihn aufgestellt hätten, gerechter geworden als heute. Es sei übersehen worden, daß es sich bei SCHERINGER um eine tiefe Verankerung bestimmter Grundanschauungen gehandelt habe, die sich nicht gewandelt hätten.“

SCHERINGER bekennt sich also nach wie vor zu nationalistischen Zielen. Und hier sollten sich die kommunistischen Arbeiter, sollte sich die Führung der KPD fragen:

sind die Ziele eines SCHERINGER die Ziele der KPD?

Es sprechen allerdings zur Zeit erschreckend viele Anzeichen für eine gewisse Uebereinstimmung nationalistischer und kommunistischer Ideen. Es ist hier nicht der Platz, die Ursachen solcher Uebereinstimmung festzustellen. Die Notwendigkeit besteht aber, die KPD und ihre Politik sorgfältig daraufhin zu beobachten, wie weit sie nationalistische Strömungen zeigt. Die Gefahr eines National-Kommunismus ist um so größer, solange in der KPD Menschen wie SCHERINGER nicht nur aufgenommen werden, sondern in einer geradezu peinlichen Art und Weise in den Mittelpunkt gerückt und zum Gegenstand unverdienter Bewunderung gemacht werden.

Die KPD will offenbar SCHERINGER als Aushängeschild für SA- und SS-Mitglieder und ähnliche Menschen verwenden, was — für sich gesehen — nicht unklug wäre. Nur bleibt die Frage, wo bei so beherrschendem Einfluß jener Nationalisten schließlich der Sozialismus bleibt. In einem langen Brief an SCHERINGER schreibt das ZK unter anderem:

„Dein kühnes Auftreten vor den Schranken des bürgerlichen Gerichts angesichts einer drohenden langjährigen Freiheitsstrafe wird im Bewußtsein deiner ehemaligen Kameraden von der SA noch deutlicher und überzeugender als dein Uebergang zur kommunistischen Partei vom März des vergangenen Jahres die Gewißheit verstärken, daß nur in den Reihen des Klassenbewußten Proletariats Platz und Möglichkeiten für revolutionäre Ueberzeugungen und Tatkraft sind.“

Und inzwischen teilt die „Rote Fahne“ mit, daß ein alter Freikorps-Führer, B. RÖMER, in die KP eingetreten sei. Die Gefahr für die KP wächst damit — denn Strategen für den proletarischen Kampf sind weder SCHERINGER noch RÖMER.

Quittung

über Spenden für den Pressofonds des „Funken“:

H. B. in M. 2,80 M; W. L. in F. 5,— M; C. B. in D. 2,— M; A. W. in B. 2,— M; H. J. in B. 100,— M; R. L. in B. 47,70 M; J. R. in B. 5,— M; O. S. in B. 5,— M; J. B. in B. 5,— M; K. K. in B. 5,— M; H. P. in B. 2,— M; H. M. in B. 4,— Mark.

Wir danken den Spendern herzlich und bitten um weitere Werbung für den Pressofonds.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, daß bei uns Werbemarken zum Preise von 10, 20 und 50 Pf. zu haben sind. „Der Funke“.

Der Alte Fritz

über Gehalts- und Lohnabbau.

Auch zu Zeiten des alten Fritz gab es weise Leute, die die Wirtschaft aufbessern wollten durch Lohn- und Gehaltsabbau. Wie anständig und gescheit sich der alte Fritz in solcher Lage verhielt, beweist eine aus dem Jahre 1786 stammende, von Friedrich dem Großen eigenhändig unterschriebene Kabinettsorder, in der sich der König zu dem Vorschlag eines der Räte, den Arbeitern der Königlichen Tabakfabrik den Lohn um ein Viertel zu kürzen, mit folgenden Worten äußert:

„Ich danke dem Herrn Rath für seine gute Gesinnung und seinen ökonomischen Rath, finde aber denselben um so weniger acceptable, da die armen Fabriquearbeiter ohnehin so kümmerlich leben müssen und ihre Kräfte bey den theuren Lebensmitteln vollends zusetzen. Indessen will Ich doch seinen Rath und die darin bemerkte gute Gesinnung annehmen und seinen Vorschlag an ihm selbst zur Ausübung bringen. Dem zu Folge werden ihm von nun an jährlich tausend Reichsthaler am Tractamento abgezogen mit dem Vorbehalte, daß er sich übers Jahr wieder melden und Mir berichten kann, ob dieser Etat und Abzug seiner eigenen häuslichen Einrichtung vorteilhaft oder schädlich sey. Im ersten Falle will Ich ihm von seinen ohnehin so großen als unverdienten Tractamento von viertausend Reichsthalern auf die Hälfte heruntersetzen und bey dieser seiner Beruhigung seinen patriotische als ökonomische Gesinnung loben und auch bey anderen, die sich dieserhalb melden werden, diese Verfügung in Application bringen.“

Potsdam, den 29. Juni 1786.

Friedrich.“

Der unfrüglichste Maßstab.

Einige Tatsachen über Tierschinderei.

W. P. In einer Braunschweiger Tageszeitung las ich vor kurzem:

„Erzhausen. Tierquälerei. Eine ganz gemeine Tat wurde am Donnerstag hier verübt. Dem Hunde des Lehrers Reuper wurden von unbekanntem Tätern die Geschlechtsteile herausgeschnitten! Diese Tat muß am hellen Tage geschehen sein. Der oder die Täter müssen ganz vorsichtig zu Werke gegangen sein, da niemand irgendein Geheul gehört hat. Landjäger Bode (Greene) hat die Ermittlungen aufgenommen. Es

ist zu wünschen, daß diese schändliche Tierquälerei aufgeklärt wird und die Täter mit einer empfindlichen Strafe bedacht werden!“

Auch ich bin der Meinung, daß der Täter mit einer empfindlichen Strafe bedacht werden sollte.

Fast jeden Morgen komme ich an einer Brutanstalt vorbei. Dort hing in den letzten Wochen eine Tafel aus, auf der zu lesen war:

„Junge Kapaune, geschlachtet und gerupft. Pfund“

Kapaune? Das sind doch Hähne, an denen die gleiche Operation vorgenommen worden ist wie an jenem Hunde.

Als Junge habe ich oft zugesehen, wenn Ferkel kastriert wurden. Ein Mann saß mitten im Stall auf einem Schemel. Ein Ferkel nach dem andern wurde ihm zugereicht. Er prostete das quiekende und zappelnde Tier zwischen die Knie. Bei den männlichen Tieren schnitt er den Hodensack auf und riß die Hoden heraus. Den weiblichen Tieren machte er einen Schnitt in die Bauchwand, griff mit zwei Fingern in die Bauchhöhle, riß eine blutige Masse heraus und warf sie fort. Dann nahm er eine krumme Nadel und Bindfaden und nähte das Loch wieder zu.

Nicht nur Hähne und Ferkel werden kastriert. Auch andere Tiere müssen diese Operation an sich vornehmen lassen. Und warum? Damit das Fleisch der Hähne wohlgeschmecker und die Mast der Schweine erleichtert wird; damit die Ochsen „zahn“ und die Pferde „fromm“ werden. Das heißt also: der Mensch unterzieht die Tiere dieser barbarischen Behandlung, um sein Interesse an einem genießerischen und bequemen Leben zu befriedigen. Darum steht diese Kastration unter gesetzlichem Schutz. Wer Menschen, die diese Kastration als Gewerbe betreiben — unter anderem die Tierärzte —, deswegen als Tierquäler bezeichnen würde, würde sicher wegen Beleidigung bestraft werden.

Aber ist Barbarei nicht mehr Barbarei, Grausamkeit nicht mehr Grausamkeit, wenn sie nach den geltenden Gesetzen nicht bestraft wird?

„Es ist der unfrüglichste Maßstab für die Rechtllichkeit des Geistes einer Gesellschaft, wie weit sie die Rechte der Tiere anerkennt. Denn während die Menschen sich nötigen-

falls, wo sie als Einzelne zu schwach sind, um ihre Rechte wahrzunehmen, durch Koalition, vermittelt der Sprache, zu allmählicher Erzwingung ihrer Rechte zusammenschließen können, ist die Möglichkeit solcher Selbsthilfe den Tieren versagt, und es bleibt daher allein der Gerechtigkeit der Menschen überlassen, wie weit diese von sich aus die Rechte der Tiere achten wollen.“ (LEONARD NELSON: „System der philosophischen Rechtslehre und Politik.“ Seite 324 f.)

Bier ist Trumpf!

H. Lt. Anläßlich der Wahlen zum bayerischen Landtag hat der Münchener Ortsverein der Bayerischen Volkspartei am 16. April eine Wahlzeitung herausgegeben. In weiß-blauen Farben führt dieses Blatt den Titel:

„Für Volk und Heimat. Ein-Blatt für denkende Wähler.“

Wo denkt die Bayerische Volkspartei, ihre denkenden Wähler zu finden? Im Hofbräuhaus! Denn mit fetten Lettern verkündet eine Ueberschrift:

Erfreuliches aus dem Hofbräuhaus.

Und man liest weiter:

„In diesen ersten Zeiten konnte im Bayer. Landtag auch einmal etwas Erfreuliches berichtet werden. Unser Parteiführer SCHÄFFER, der derzeitige Leiter des Bayer. Finanzministeriums, konnte Anfang April bekanntgeben, daß in den Lokalitäten des Staatl. Hofbräuhauses, in denen auf Anordnung der Bayer. Staatsregierung der Bierpreis vom 20. März ab um (gegenüber Februar) insgesamt 10 Pf. gesenkt worden war, eine Steigerung des Absatzes von mehr als 30 Prozent eingetreten ist. Wenn man die Werkstage allein rechnet, so sei sogar eine Steigerung um 62 Prozent eingetreten. . . .“

Die Bayer. Staatsregierung ist es gewesen, die gegen den Widerstand der anderen größeren deutschen Länder für die Senkung der Reichsbiersteuer und eine vernünftige Senkung der Gemeindebiersteuer eingetreten ist. . . . Die Bayer. Staatsregierung hatte auch in stiller, zäher, monatelanger Arbeit die Voraussetzung geschaffen, die in dem einen nur bestehen konnten, die bayerischen Finanzen so in Ordnung zu bringen, daß auch ein solcher Ausfall hingenommen und gedeckt werden kann.“

Mit diesem Trumpf im demokratischen Kartenspiel hofft die Bayerische Volkspartei, jede andere Karte ihrer Gegner zu stechen und die meisten Wählerstimmen zu gewinnen.

